



Kalifusionsvertrag: Konzern K+S weiter Konfrontationskurs

Der Kali-Konzern K+S geht im Streit um die Offenlegung des Kali-Fusionsvertrages weiterhin auf Konfrontationskurs mit dem Land Thüringen. „Es ist skandalös und scharf zu verurteilen, wenn das Unternehmen entsprechende Forderungen der Ministerpräsidentin selbstherrlich zurückweist“, reagierte mit Empörung der LINKE-Landespolitiker Bodo Ramelow. Es stelle sich die Frage, ob es Frau Lieberknecht tatsächlich hinnehmen wolle, sich von K+S derart vorführen zu lassen. Der Fraktionsvorsitzende im Landtag sieht in dieser Ignoranz des Konzerns vor allem eine „Missachtung des von den Thüringerinnen und Thüringern gewählten Landesparlaments“ und verweist auf das Einlenken der Ministerpräsidentin gegenüber den Abgeordneten, die sich in den Fachausschüssen mit den Dokumenten und vor allem den Konsequenzen für die künftige Landeshaushaltspolitik zu befassen haben.

„Wir pochen jetzt erst recht auf umfassende Transparenz“, unterstrich Bodo Ramelow. Es sei nicht hinnehmbar, dass sich K+S gegen die Offenlegung des Fusionsvertrages stemmt, weil sie wirtschaftlichen Schaden befürchten. „Verantwortliche Politik muss aber das Land und seine Bürgerinnen und Bürger vor Schaden bewahren, und der entsteht Monat für Monat, wenn der Konzern fortlaufend Geld in nicht quantifizierbarer Höhe haben will und er die Steuerzahler auch noch für die Nordsee-Pipeline bluten lassen will.“

Wir brauchen starke kommunale Unternehmen

Die Diskussion um eine „Rückeroberung öffentlicher Güter“ ist auch in Thüringen in vollem Gange. „Privatisierung“, das politische Modewort der letzten Jahrzehnte, hat an Strahlkraft verloren. Das hat erst kürzlich auch das Bürgerbegehren im Ilm-Kreis gezeigt, bei dem der Weg für eine Rekommunalisierung der Abfallentsorgung freigemacht wurde. Im letzten Jahr haben Thüringer Kommunen das Energienetz übernommen.

„Es ist gut, dass eine wachsende Zahl von Kommunen wieder auf Dienstleistungen in eigener Regie und unter demokratische Kontrolle setzt“, unterstreicht Bodo Ramelow. Fraktionsvorsitzender der LINKEN, mit Blick auf die Energieversorgung, die Wasser- und Abwasserwirtschaft, Wohnungspolitik, Aufgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Der Privatisierungswahn brachte viele negative Folgen: Städte und Gemeinden hatten weniger Einnahmen, weniger kommunale Kontrolle und Entscheidungsmacht. Investitionen wurden gestrichen und Arbeitsplätze abgebaut. Verbraucher mussten trotz schlechterem Service tiefer in die Tasche greifen.

„Für uns ist die Rekommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge ein zentraler politischer Schwerpunkt. Wir wollen, dass hochwertige, tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei Städten und Gemeinden langfristig gesichert und neu geschaffen werden. Dazu brauchen wir starke

kommunale Unternehmen, deren erwirtschafteter Gewinn allen zugutekommt“, so betont Bodo Ramelow.

DIE LINKE im Thüringer Landtag will mit ihrem Projekt „Rückeroberung des Öffentlichen“ einen weiteren Anstoß zur Diskussion um die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen geben.

Erster Schritt dieser Kampagne war eine Bestandsaufnahme der Situation in Thüringen. Unter der Adresse www.dasoeffentliche.thu-

integriertem Dorfladen in der Gemeinde Werther, Landkreis Nordhausen. Zur feierlichen Eröffnung Anfang April war auch Landrätin Birgit Keller (LINKE) gekommen.

Sie zollte der Gemeinde großen Respekt für ihr Engagement, über das der Bürgermeister Hans-Jürgen Weidt (Freie Wähler) auf der Internetseite von Werther schreibt: „Ich sehe es als eine sehr wichtige soziale Aufgabe an, unsere Mitbürger die sich nicht mehr selbst versorgen können, zu beliefern. Ich bin davon überzeugt, dass es uns gelingt, eine flächendeckende Versorgung aus dem entstehenden Dorfladen zu organisieren. Das ist die große Chance, gerade für diese betroffenen älteren Mitbürger, in ihrem gewohnten Umfeld und Wohnung eigenständig länger verbleiben zu können.“

Dazu hat die Gemeinde ein vom Verkehrsministerium gefördertes Elektromobil angeschafft, mit dem die Dienstleistungen und Waren zu den Kunden oder eben die Kunden, also die BewohnerInnen des Ortes, zum Geschäft gebracht werden.

Das Elektromobil soll aber auch noch darüber hinaus genutzt werden. So haben jetzt die Bürgerinnen und Bürger von Werther die Möglichkeit, das Elektromobil über ein Car-Sharing-Modell auch selbst für Transporte und Einkäufe auszuleihen. Um das Angebot komplett zu machen, gibt es neben der Gemeindeverwaltung eine Stromtankstelle.

Internet: www.dasoeffentliche.thueringen-fair-aendern.de



www.dasoeffentliche.thueringen-fair-aendern.de kann auf einer Thüringen-Karte für die kreisfreien Städte und Landkreise nachvollzogen werden, ob die Bereiche Energie, Entsorgung, Wasser, Verkehr und Gesundheitswesen (Krankenhäuser) in privater oder in kommunaler Hand sind. Dazu gibt es Informationen über Rekommunalisierungsprojekte oder bürgerschaftliches Engagement im Bereich öffentlicher Dienstleistungen. Die Karte wird ständig weiterentwickelt und aktualisiert. Wir möchten dazu einladen, mitzumachen und mit eigenen Informationen die Karte zu vervollständigen.

Zu nachahmenswerten aktuellen Beispielen gehört die kürzlich eröffnete Ländliche Begegnungsstätte mit

Skandalminister

„Es verlassen schon genug Menschen Thüringen, wir brauchen nicht noch die Vertreibungsaufforderung durch einen Minister der Landesregierung“, protestierte Bodo Ramelow gegen die neuerliche maßlose Arroganz des Landwirtschaftsministers Reinhold, der den Bürgern von Immenrode empfohlen hat, in die Karibik oder auf die Falklandinseln zu ziehen, wenn sie den Neubau einer weiteren Schweinemastanlage nicht ertragen wollen. „Wer Bürger auffordert, das Land zu verlassen, hat in der Regierung nichts mehr zu suchen.“ Ramelow forderte die Thüringer Ministerpräsidentin auf, die Reißleine zu ziehen und zu entscheiden, ob sie für diese Entgleisungen haften will.

Zu den Perspektiven des Breiten- und Leistungssports

Thematische Fraktionssitzungen überträgt DIE LINKE per Livestream auf ihrer Internetseite. Am 26. März ging es um die Entwicklung und die Perspektiven des Breiten- und Leistungssports in Thüringen. Dazu konnte die Fraktion als Gäste begrüßen: Peter Gösel, Präsident des Landessportbundes Thüringen (LSB), Rolf Beilschmidt, LSB-Hauptgeschäftsführer, sowie die LSB-Vize-Präsidenten Lutz Rösner (Leistungssport) und Dirk Eisenberg (Breitensport/Sportentwicklung).

Der Landessportbund hat mehr als 360.000 Mitglieder, die in 3.400 Sportvereinen organisiert sind. Mit einem Organisationsgrad von 16,9 Prozent der Bevölkerung ist Thüringen Spitze in den neuen Bundeslän-



dern. 60.000 Ehrenamtliche sind vor allem in den Vorständen engagiert, aber, so Rolf Gösel, es wird immer schwieriger diese Arbeit abzusichern, weil es vor allem am Nachwuchs mangelt. Rolf Beilschmidt erläuterte die Notwendigkeit einer Entwick-

lungskonzeption für die Sportstätteninfrastruktur. „Wir nehmen das als einen wichtigen Hinweis auf“, betonte Bodo Ramelow, und dass eben auch bei der Sportstättenplanung in Thüringen nicht länger in Kleinstaaterei gedacht werden dürfe.

Untersuchungsausschuss muss fortgesetzt werden

Thüringen fair ändern
66 konkrete Vorhaben
DIE LINKE

Mit Zalando im kritischen Dialog

Kürzlich waren die LINKE-Abgeordneten Ina Leukefeld und Karola Stange erneut beim Erfurter Unternehmen Zalando und erfüllten ihr Versprechen aus dem vergangenen Jahr, den kritischen Dialog mit der Unternehmensleitung fortzuführen. Zalando hat eine Belegschaft von 2.000 Beschäftigten am Standort, allerdings befristet bis auf wenige Ausnahmen auf zwei Jahre, „was wir für völlig falsch halten. Hier hatten wir uns größere Fortschritte erhofft, ebenso bei der Lohnentwicklung, die angesichts der schweren Arbeit mit 8,79 Euro brutto pro Stunde immer noch weit unterhalb unserer Vorstellungen zu einem existenzsichernden Lohn liegt. Das könnte für Zalando angesichts hoher Fluktuationsquoten uzum Bumerang werden“, sagte die Arbeitsmarktpolitikerin Ina Leukefeld.

Karola Stange, Stadträtin in Erfurt und Gleichstellungspolitikerin, verwies mit Blick auf den Frauenanteil von 41 Prozent in der Produktion darauf, dass nur zwei von 30 Abteilungsleitern Frauen sind. „Die Elternschaft ist ein Anfang für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, die aber durch die Beantragung von Sonn- und Feiertagsarbeit etwas konterkariert werden. Begrüßenswert ist die weitere Einbindung von gehörlosen Menschen. Derzeit erfüllt Zalando noch nicht die gesetzlich vorgeschriebene Mindestbeschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen.“

Anlässlich des 100. Prozesstages gegen Beate Zschäpe u.a. vor dem Oberlandesgericht München hatten die Sprecherinnen für antifaschistische Politik der Linksfractionen in Thüringer Landtag und im Bundestag, Katharina König und Martina Renner, erklärt: „Jeder Tag seit der Selbstenttarnung des NSU hat mehr Fragen als Antworten gebracht.“

„Dies gilt auch für die parlamentarische Aufklärung des NSU-Komplexes: Bislang sind die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Hessen ihrer faktischen und politischen Verantwortung ausgewichen. Damit muss Schluss sein. Jetzt müssen endlich auch die Landesparlamente von Hessen und Baden-Württemberg Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex auf den Weg bringen.“ Die Abgeordneten erwarten von der Bundesanwaltschaft, dass sie die berechtigten Aufklärungsinteressen der Nebenkläger und ihrer Vertreter nicht länger behindern, sondern unterstützen.

„Bei aller Zurückhaltung, die Politik bei der Bewertung von Gerichtsverfahren aus guten Gründen zu üben hat, wollen wir die zunehmende Blockadehaltung der Generalbundesanwaltschaft nicht länger unkommentiert hinnehmen“, so die LINKE-Politikerinnen - im Archiv-Foto bei der Sitzung des Thüringer Untersuchungsausschusses im Oktober vergangenen Jahres, an der Martina Renner letztmalig als Mitglied teilnahm, bevor sie in den Bundestag wechselte.

Für Thüringen stehen die Weichen auf Fortsetzung der Aufarbeitung durch einen neuen Untersuchungsausschuss in der nächsten Legislaturperiode. Damit sind die Ergebnisse der bisherigen Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in den Ländern nicht geschmälert. Aber für die Aufklärung wichtiger Komplexe, wie der Aktenvernichtungen in Bund und Ländern, aber auch dem

durch die Bundesanwaltschaft“, so Martina Renner. „Es ist schwer zu ertragen, wenn man als Besucherin in München sehen muss, wie sich die Zeugen und Zeuginnen in einer teils offenen, teils versteckten Art der Beantwortung von Fragen entziehen und sich ihrer Verantwortung entledigen können.“

Katharina König, die ebenfalls mehrfach die Sitzungen am OLG München begleitet hatte, hatte im Vorfeld der Vorladung eines Saalfelder Kühltechnik-Unternehmers als Zeuge im Prozess am 26. März auf dessen Hintergrund aufmerksam gemacht: Andreas R. soll nach dem Abtauchen des Jenaer Trios Zschäpe, Mundlos und Bönnhardt im Jahr 1998 wenige Tage später das unfallbeschädigte Fluchtauto aus Sachsen zurückgeholt haben. Damals leugnete er die Vorwürfe. Erst nach der NSU-Selbstenttarnung im Anschluss an den Banküberfall im November 2011 in Eisenach gestand R. während einer BKA-Vernehmung seine Beteiligung ein.

Andreas R. gilt als einer der Organisatoren des Rudolf-Hess-Marsches 1992 mit über 2.000 Anhängern in Rudolstadt, beteiligte sich an Wehrsportübungen und zahlreichen Gewaltstraftaten im Raum Saalfeld-Rudolstadt und ging schließlich selbst in den Untergrund, nachdem man per Haftbefehl nach ihm fahndete.

Bereits im Thüringer Untersuchungsausschuss hatte der ehemalige Leiter der Staatsschutzabteilung der Saalfelder Polizei gesagt: „R. war aus meiner Sicht einer der gefährlichsten Rechtsextremisten, er kam nach meinem Verständnis noch vor Tino Brandt, dem Chef des Thüringer Heimatschutzes.“



Mord an Michèle Kiesewetter, benötigen wir mehr Zeit. Hier gibt es noch immer zu viele Widersprüche und Ungereimtheiten“, so Katharina König. Martina Renner, die die Verhandlung vor dem Oberlandesgericht (OLG) München am 1. April besucht hatte, verwies u.a. auf die Blockadehaltung von Bundeskriminalamt und Bundesinnenministerium bei der Frage, ob sich Angeklagte im OLG-Verfahren unter den Augen des BKA mit Zeugen vor deren Aussagen getroffen haben.

Zudem kritisierte sie, dass die Strafverfolgungsbehörden bislang nur unzureichend auf die Strategie der Neonazi-Zeugen im OLG-Prozess reagieren. „Die offensichtlichen Absprachen im Aussageverhalten von Zeugen und Zeuginnen aus der Neonaziszene bedürfen einer Reaktion

FRAKTION IN AKTION

Bahnnetz stärken

Der mit einem Jahr Verspätung erschienene Nahverkehrsplan für den Schienenverkehr orientiert sich fast ausschließlich auf den ICE-Knoten Erfurt. Die Probleme für die anderen Teile des Flächenlandes Thüringen zeichnen sich bereits jetzt ab. Die Verkehrsexpertin der LINKEN, Dr. Gudrun Lukin, forderte: Die Erreichbarkeit von zentralen Orten, Wohn- und Arbeitsplätzen, Schulstandorten und Gewerbegebieten muss stärker ausgebaut werden. Es kann nicht sein, dass weitere ländliche Regionen vom Bahnverkehr abgehängt werden.“ Sie forderte die Bürger, die Kommunen, die Tourismusverbände, die Wirtschaftsunternehmen und auch die Regionalplanungsgemeinschaften auf, sehr deutlich ihre Vorstellungen in die Entwicklung des Bahnnetzes einzubringen.

Petition für bessere Rente von DDR-Geschiedenen

Eine Petition des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen mit fast 3.000 Unterschriften war vor einiger Zeit an den Petitionsausschuss des Thüringer Landtags übergeben worden. Im Foto Vertreterinnen des Vereins mit Frauen aus der Linksfraction, die sich besonders für dieses Anliegen engagiert.

„Durch jede neue Bundesregierung werden die Rentenlücken und Ungerechtigkeiten, die bei der Überleitung des DDR-Rentensystems in das der BRD entstanden sind, weiter zementiert“, hatte die LINKE Abgeordnete Karola Stange kritisiert. Anstatt sich der Probleme der immer älter werdenden Frauen anzunehmen, würden diese weiter ignoriert und ausgesessen. Die Frauen fordern in ihrer Petition, die nachträgliche Wiederanerkennung von nicht oder nicht voll-



ständig überführten Rentenzeiten ebenso zu prüfen wie die Schaffung eines ggf. eigenständigen Nachteilsausgleichsmechanismus unter dem Dach der Rentenversicherung. „Dem

schließen wir uns an, wir werden an diesen Punkten keine Ruhe geben, das verspreche ich den Frauen, aber auch den anderen Parteien“, so betonte Karola Stange.

Einen Thüringer Plan Bildung jetzt!

Bildung soll Spaß machen, also stieg die Linksfraktion in ihre Bildungskonferenz mit einem Improvisationstheater ein. Der „Schwimmunterricht“, den die beiden „Improsanten“ gaben, brachte heiteren Schwung für die folgenden lebhaften Diskussionen in den Workshops mit Wissenschaftlern und Politikern, mit Lehrern, Schülern und Eltern, mit Bildungs-Engagierten aus ganz Thüringen. Da ging es um Schulnoten – Pro und Contra –, Erfahrungen mit der Gemeinschaftsschule, oder darum, wer die Bildungsverantwortung tragen soll – Bund, Land, Kommune.

Zur Begrüßung der Konferenz „Einen Plan Bildung – jetzt!“ am 5. April im Erfurter Landtag hatte Susanne Hennig-Wellsow, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion und Landesvorsitzende der LINKEN, die Notwendigkeit eines emanzipativen, demokratischen, gerechten und inklusiven Bildungssystems betont.

Dazu gehört natürlich auch die entsprechende finanzielle Ausstattung, die schon deshalb im Argen liegt, weil

Dass in der gegliederten Thüringer Schule mit der zu frühen Trennung nach Klasse Vier noch viel zu oft die soziale Herkunft über den Erfolg und den Bildungsweg der Kinder entscheidet, wurde in allen Diskussionen immer wieder und heftig kritisiert. Eine Elternvertreterin meinte: „Erst findet die Kuschelpädagogik

statt und dann kommt spätestens ab der vierten Klasse der große Druck.“ Es sei für die Eltern „momentan eine absolute Katastrophe, was hier abläuft“. Auch wenn diese Generalkritik nicht auf alle Bereiche zutrifft, es wurde auf der Tagung doch klar, dass trotz positiver Ansätze noch immer kein „Plan Bildung für Thüringen“ zu erkennen ist.

So gebe es mit den Gemeinschaftsschulen ganz unterschiedliche Erfahrungen, betonte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Torsten Wolf. Und er meinte auch: „Wir haben da so unsere Fragezeichen, ob man den wichtigen Bildungsbereich den Kommunen überlassen sollte.“ In Jena klappt das sehr gut, darüber berichtete der Bürgermeister Frank Schenker und verwies auf die fast vollständig gelungene Inklusion an den Schulen in der Stadt sowie auf das große bürgerschaftliche Bildungsengagement.

„Aber Jena ist eben nicht überall“, hatte der GEW-Vorsitzende mit Blick auf das Flächenland Thüringen zu bedenken gegeben. Leidenschaftlich debattiert wurde auch im Workshop „Keine Noten – keine Leistung?“ mit Prof. Dr. Nils Berkemeyer von der

Friedrich-Schiller-Universität Jena, mit dem Landeselternsprecher Roul Rommeiß sowie mit Lilly Krahnert und Lucas Prandi von der Landesschülervertretung. Bei allem Für und Wider war man sich einig: Leistungsbeurteilungen sind notwendig und sie brauchen Standards, die für alle Beteiligten transparent sein müssen. Die El-



tern wollen wissen, wo steht ihr Kind und was passiert. Stärker in den Mittelpunkt gehören Lernentwicklungsberichte.

Bei der Auswertung der Workshops im Abschlussplenum wurde übrigens ausdrücklich unterstrichen, dass es nicht nur um mehr Chancengleichheit in der Bildung gehen müsse, vor allem für Chancengerechtigkeit muss gesorgt werden.

Die Konferenz gab der Linksfraktion wichtige Impulse auch für die weitere Entwicklung ihres Bildungskonzept, das den Bogen spannt von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenen- und kulturellen Bildung.

Daher lud abschließend Susanne Hennig nochmals alle ein: „Bitte sehen Sie sich das Konzept auf unserer Internetseite an und diskutieren Sie vor allem mit uns, denn Sie sind alle Experten, ob als Pädagogen oder Schüler, ob als Studenten oder Wissenschaftler, ob als Eltern oder Kommunalpolitiker.“

Annette Rudolph

KURZ UND PRÄGNANT

Energiegipfel: Nach der Kritik am geplanten Ausstieg der Stadt Erfurt beim Gasversorger Verbundnetz Gas AG (VNG) erklärte Bodo Ramelow: „Wir brauchen dringend einen mitteldeutschen Energiegipfel, um eine zukunftsorientierte Energieversorgung unter Einschluss des umsatzstärksten ostdeutschen Unternehmens und auch regional gebundenen Gasversorgers dauerhaft zu sichern. Statt nach dem Sankt-Florian-Prinzip Stromtrassen in andere Bundesländer verschieben zu wollen, sollten Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt gemeinsame Ziele zur Energiewende festlegen.“

Tierschutz: Die LINKE Agrarpolitikerin Dr. Johanna Scheringer-Wright kritisierte die Landesregierung, dass sie Vorwürfen über unzulängliche Kontrolltätigkeiten von Amtstierärzten bei Verstößen gegen Tierschutz und andere Verordnungen nicht nachgeht. „Es werden vom Staatssekretär zwar Versprechen abgegeben, die Verstöße anzugehen, offenbar passiert aber nichts.“

Seniorenkonferenz: Zu einer Kommunalpolitischen Seniorenkonferenz hatte jetzt die Linksfraktion in den Landtag eingeladen. „Dabei stand die ältere Generation im Blickpunkt, aber nicht als defizitär und pflegebedürftig“, sagte Margit Jung, familienpolitische Sprecherin, und verwies auf die Notwendigkeit einer besseren Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren in den Städten, den Gemeinden und Kreisen im Land Thüringen.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/



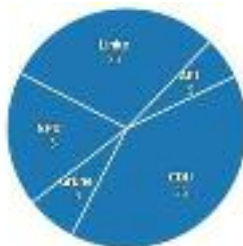
die Bundesrepublik nur vier Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Bildung ausgibt. Und in Thüringen sollen nach dem Willen des Ministers zwar 500 Lehrer neu eingestellt werden, „aber zwischen Kultus- und Finanzministerium bewegt sich nichts“, kritisierte die LINKE-Politikerin die Blockade innerhalb der CDU-SPD-Landesregierung.

NACHRICHTEN

Niedriglöhne

Thüringen hat die längsten Arbeitszeiten und mit die niedrigsten Löhne in Deutschland. 47.000 Menschen müssen ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken, rund 10.000 von ihnen obwohl sie Vollzeit arbeiten. Die Linksfraktion thematisiert diesen Skandal, Ergebnis der langjährigen Niedriglohnstrategie der Landesregierung. Mit ihrem Antrag zu sittenwidrigen Löhnen in Thüringen fordert die LINKE, dass der Staat nicht Lohndumping befördert, indem er solche Löhne subventioniert. Damit werden gerade diejenigen Unternehmen geschädigt, die für gute Arbeit auch gute Löhne zahlen. Im rot-rot regierten Brandenburg wurden 2013 zahlreiche Arbeitgeber für solches Verhalten in Regress genommen. Die LINKE erwartet, dass die Landesregierung glaubwürdig gegen sittenwidrige Löhne in Thüringen aktiv wird.

Mediale Milchmädchenrechnung



Landtag Thüringen

www.landtag-thueringen.de

Über eine derzeit nur „knappe Mehrheit“ für eine Thüringer Koalition aus DIE LINKE, SPD und Grünen von 51 Prozent schreiben einige Medien, zuletzt erwähnte OTZ-Chefredakteur Jörg Riebartsch die Zahl in einem Kommentar. Offenbar bezieht sich die Darstellung auf eine Wahlumfrage vom 14. März 2014 (durchge-

führt von Infratest dimap). Doch die zitierte Schlussfolgerung stellt eine mediale Milchmädchenrechnung dar.

Überträgt man diese Ergebnisse der Wahlumfrage (natürlich unter Wegfall der Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern!) nämlich in eine Sitzverteilung, dann haben DIE LINKE, SPD und Grüne im neuen Landtag (Gesamtsitze: 88) eine deutliche Mehrheit von 48 Sitzen gegenüber den Oppositionsparteien CDU und AfD mit 40 Sitzen. Das entspricht einem Verhältnis von etwa 55 zu 45 Prozent.

Grafik/Text: Stefan Wogawa

TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt der Thüringer Landtag vom 9. bis 11. April tagt, sind die nächsten Plenarsitzungen für die Zeit vom 21. bis 23. Mai sowie vom 25. bis 27. Juni anberaumt.

Tag der offenen Tür:

In diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der Offenen Tür ein, der am Samstag, den 21. Juni, stattfindet. Die Linksfraktion wird mit einem umfangreichen Informationsangebot dabei sein.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:
www.die-linke-thl.de

Mehr Demokratie vor Ort

Mit einer letzten großen Gesetzesinitiative in dieser Legislaturperiode legt die Linksfraktion dem Thüringer Landtag ein Gesetz zur Demokratisierung der Kommunalpolitik vor.

Seit drei Jahren wurde dieser Gesetzentwurf in der Partei und mit Partnern der Fraktion intensiv beraten, hatte Frank Kuschel bei einem Pressegespräch betont. 20 Jahre gelte jetzt die Thüringer Kommunalordnung und es sei eine Vielzahl von Problemen damit im kommunalen Alltag deutlich geworden.

Die Regelungslücken, der Abgeordnete bezeichnete sie als Demokratie-defizite, will die LINKE mit ihrem umfassenden Gesetz schließen. Dabei geht es auch um Änderungen in der Thüringer Kommunalordnung und im Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit.

Im Vordergrund stehen die Stärkung der Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Gemeinderäte. Die Linksfraktion hat damit auch Forderungen der Initiative Mehr Demokratie in Thüringen aufgegriffen. Direkte Demokratie sei zunehmend gefragt, sagte Frank Kuschel und verwies auf die erfolgreichen

Bürgerentscheide zur Kommunalisierung der Müllversorgung im Ilmkreis oder zum Erhalt der Regelschule in Veilsdorf. Die Linksfraktion will mit ihrem Gesetzentwurf Regelungen zur Erleichterung von Bürgerbegehren.

Beispielsweise soll die bisher bestehende Sperrfrist von sechs Wochen vor und nach Kommunalwahlen bei der Durchführung von Bürgerent-



scheiden gestrichen werden, was einer noch stärkeren Wahlbeteiligung der Bürger an solchen Entscheidungen zugute komme. Bürgerbegehren soll es auch zur Abwahl von Bürgermeister geben können, was bisher nur über die Gemeinderäte möglich ist.

„Die Bürger sollen ein solches Abwahlverfahren selbst auf den Weg bringen können.“

„Wichtig ist uns auch, dass die gesamte Arbeit des Gemeinderats einschließlich der Ausschusssitzungen öffentlich ist“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion. Zugleich müsse die Rolle der Gemeinderäte und Kreistage gegenüber der Verwaltungsspitze gestärkt werden. Die Fraktionen erhalten nach Vorstellung der LINKEN mehr Rechte, so z.B. für die Möglichkeit der Beantragung von Sondersitzungen.

Da die Zweckverbände „nicht ausreichend transparent arbeiten, ist es notwendig, diese weiter zu demokratisieren“, wie Frank Kuschel unterstrich. Dazu hat die Linksfraktion eine Reihe von Änderungen im Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vorgesehen, wie ein Anhörungsrecht des Verbraucherbeirats in der Verbandsversammlung oder die öffentliche Bekanntmachung der Empfehlungen des Verbraucherbeirats und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Nachdem sich jetzt der Landtag in erster Lesung mit dem Gesetz beschäftigt, soll es eine öffentliche Anhörung dazu geben. ■

Energiewende mit angezogener Bremse

Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Gabriel hatten am 1. April mit den Ministerpräsidenten der Länder über deren Forderungen bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gesprochen. Die verkündete Einigung bezeichnet Manfred Hellmann, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion, als „Energiewende mit angezogener Handbremse“. „Der Weltklimarat mahnt in einem nie dagewesenen dramatischen Bericht eine unverzügliche Abkehr von den fossilen Energieträgern an, um den nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel wenigstens abzumildern. Im günstigsten Fall wird der Meeresspiegel bis zum Jahr 2100 zwischen 50 und 98 Zentimetern ansteigen, aber das allein schon hat Auswirkungen, die sich ein normaler Mensch kaum ausmalen kann“, sagt Manfred Hellmann. „Aber was beschließt die Bundesregierung: Mehr Kohlestrom, anstatt den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen“. Der LINKE-Politiker betont: „Wir brauchen einen Ausstieg aus der Kohleenergie!“

„Die Privilegierung der Offshore-Windenergie, der teuersten erneuerbaren Energieform, die überzogene Deckelung der Biomasse, die vielen Übertragungsleitungen von Norden nach Süden sind, um nur die wichtigsten Festlegungen zu nennen, wieder ein Kniefall vor den Energiekonzernen, die um jeden Preis ihre Profite mehr und ihre Zukunft sichern wollen“, so Manfred Hellmann. ■

Rentenpaket verspottet Ost-Biografien

Zur Bundestagsdebatte zur Einbringung des Rentenpakets der Bundesregierung, erklärte Margit Jung, seniorenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag: „Damit wird die Rentenspaltung Ost-West weiter vertieft. Ostdeutsche Erwerbsbiografien werden verspottet, wenn von Rentenangleichung im Jahr 24 nach der Wiedervereinigung keine Rede ist, aber die Erziehungsleistungen ostdeutscher Mütter und Väter finanziell geringer wertgeschätzt werden als die westdeutscher.“

Das vorgelegte RV-Leistungsverbesserungsgesetz sieht bei der sogenannten Mütterrente weder eine Gleichstellung der elterlichen Erziehungsleistungen von vor 1992 (zwei Rentenpunkte) mit nach 1992 (drei Rentenpunkte) geborenen Kindern vor, noch honoriert es die Erziehungsleistung ostdeutscher Eltern aufgrund der unterschiedlichen Rentenwerte gleich.

„2,40 Euro - soviel erhalten ostdeutsche Mütter und Väter pro Rentenpunkt pro Monat weniger dank des Vorschlages der Bundesregierung. Diese Diskriminierung wird von uns entschieden abgelehnt, ebenso wie die Finanzierung einer gesamtgesellschaftlichen, familienpolitischen Aufgabe aus Beitrags- statt Steuermitteln. Warum sind ostdeutsche Kinder in diesem Land weniger wert als westdeutsche?“, so die Sozialpolitikerin. Auch die sogenannte „Rente ab 63“ ignoriert nach Auffassung von Margit Jung ostdeutsche Erwerbsbiografien: „Der rigide Ausschluss von

Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit versperrt bewusst Menschen mit ostdeutscher Erwerbsbiografie den Weg in die Rente ab 63. Es werden nur sehr wenige Menschen in Ostdeutschland davon profitieren können, angesichts der gebrochenen Erwerbsverläufe von nach 1990.“

Die LINKE bleibt dabei: Es ist höchste Zeit, eine wirkliche Rentenangleichung Ost-West zu vollziehen und die gesamtdeutschen Rentenkürzungen der vergangenen Jahre rückgängig zu machen. Nur so kann Altersarmut in Ost und West wirkungsvoll begegnet werden. „Wir fordern die Landesregierung mit einem Antrag jetzt in der Landtagsitzung erneut zu entsprechendem Handeln auf“, kündigte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende an. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Chaotisch

Ihren Kreisverband Greiz-Altenburg bezeichnet die AfD Thüringen als „zurzeit inaktiv“. Das scheint nicht zu stimmen. Denn genau dieser Kreisverband liefert den jüngsten Höhepunkt der schier endlosen Querelen in der chaotisch agierenden AfD Thüringen: Deren wohl prominentestes Mitglied, Altenburgs Ex-Landrat Sieghard Rydzewski (früher SPD), (suspendierter) Vorsitzender des Kreisverbandes Greiz-Altenburg, ist jetzt im Streit mit dem Landesvorstand ausgetreten.

Laut seines den Medien vorliegenden Austrittsschreibens kritisiert Rydzewski eine „diktatorische Führung“, Intrigen und „sektenähnliche Strukturen“. Im Februar wiederum hatte der Landesvorstand ein Ausschlussverfahren gegen Rydzewski eingeleitet, dem er Illoyalität vorwarf. Vorausgegangen war ein Abwahantrag des Kreisverbandes Greiz-Altenburg gegen AfD-Landessprecher Matthias Wohlfahrt, der als „völkisch-christlicher Missionar“ (taz) ein Gästehaus in Seitenroda betreibt.

Er kritisiert die „Dekonstruktion des aus natürlichen, historischen und christlichen Wurzeln gewachsenen Verständnisses von Kulturen, Religionen, Nationen“. Rydzewskis Vorwurf, im Vorstand dominierten „persönliche Eigeninteressen Einzelner und die radikale Durchsetzung von deren Weltbild“, zielt wohl auf ihn.

Schlagzeilen hatte auch Paul Latussek gemacht. Er ist wegen Volksverhetzung verurteilt, da er in einem Vortrag die Opferzahl des Holocaust in Frage stellte. Latusseks Afd-Mitgliedschaft sei ausgesetzt, heißt es bei der AfD. Auch hinsichtlich eines Programms gibt der Landesverband der selbst ernannten „Alternative für Deutschland“ nur eine lapidare Antwort (Stand 4.4.2014): Man „befindet sich zurzeit in der Vorbereitungsphase für die Programmatisierung zu den Thüringer Kommunal- und Landtagswahlen 2014.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.